Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner  Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 9. April 1879. Nr. 168.

Deutschland.

** Berlin, 8. April. Die Unterredung, welche der Abgeordnete Windthorst am 31. März mit dem Reichskanzler gehabt, giebt noch immer zu wunderlichen Gerüchten und Muthmaßungen Veranlassung. Daß die Unterhaltung sich nicht um die kirchliche Frage bewegt hat, war schon konstatirt und wird im Allgemeinen auch nicht in Zweifel gezogen. Allein man sieht in der bloßen Thatsache der Unterredung den ersten Schritt einer Annäherung, hinter welcher man geneigt ist, eine Art Bündniß mit dem Centrum zu suchen. Wer die Dinge mit einigermaßen unbefangenem Auge betrachtet, wird sich erinnern, daß der größte Theil des Centrums bereits der Erklärung der 204, die sich als volkswirthschaftliche Vereinigung zusammen gefunden hatte, angehörte. Man wird sich ferner erinnern, daß die meisten Mitglieder des Centrums Vertreter industrieller Bezirke sind, in denen die Freihandelspolitik niemals Anhänger gefunden hat, daß ferner ja das journalistische Organ des Centrums, die „Germania", lange ehe an die jetzige Zollreform zu denken war, den Weg der Schutzzollpolitik empfohlen hat. Wenn das Centrum bei der jetzigen Tarifreform dem Reichskanzler feindlich gegenübertreten wollte, so würde es damit eingestehen, daß es aus Gründen der Kirchenpolitik den Weg der Opposition selbst wider längst erklärte Ueberzeugung betrete. So haltlos daher einerseits die Annahme ist, das Centrum sei durch Aussichten einer veränderten Kirchenpolitik zu seiner gegenwärtigen Haltung in der Tariffrage bewogen, so ist andererseits die Annahme noch weit haltloser, der Reichskanzler sei im Stande, die Stimmen des Centrums durch kirchenpolitische Zugeständnisse zu erkaufen. Zu einem solchen Opfer liegt gegenüber der Volksstimmung in Deutschland auch nicht der geringste Grund vor. Die Majorität für die Tarifreform würde auch bei dem übrigens durchaus nicht vorauszusehenden und auch nicht wünschenswerthen Widerstand des Centrums zu Stande kommen, wenn nicht in dem jetzigen Reichstag, so doch in einem neu zu wählenden. Das Centrum würde diesen Widerstand mit dem Verlust eines sehr großen Theils seiner Sitze bezahlen; aber eine solche Unklugheit auf Seiten dieser Partei ist um so weniger zu erwarten, als sie nach ihren Antezedentien zur Begehung derselben nicht nur keinen Anlaß hat, sondern diese Antezedentien geradezu ableugnen müßte.

Berlin, 8 April. Die „Nat.-Ztg." hatte vor einigen Tagen eine Nachricht gebracht, nach welcher der Plan erwogen würde, als konstitutionellen Ersatz für die Beseitigung der Matrikularbeiträge die alljährliche Bewilligung des Kaffeezolls durch den Reichstag einzuführen. Die „Kreuz-Zeitung" glaubt, diesen „konstitutionellen Kaffeezoll" scherzhaft nehmen zu können, befindet sich dabei aber, wie die „N. L. C." hervorhebt, ohne Zweifel im Irrthum. „Wenn das konservative Blatt meint, so schreibt die citirte Korrespondenz, man habe bisher doch nur von konstitutionellen Garantien gesprochen, die in den Einzelstaaten zu beschaffen seien, so begeht es eine Verwechselung; für das thatsächliche Steuerbewilligungsrecht, welches der Reichstag mit dem Aufhören der jährlichen Festsetzung der Matrikularbeiträge verlieren würde, kann selbstverständlich, wie dies auch von den Rednern der nationalliberalen Partei in den Steuerdebatten früherer Jahre stets ausdrücklich betont worden ist, nur im Reiche Ersatz gefunden werden. Ob indeß grade der Kaffeezoll sich als Objekt für diesen Zweck eignen würde, lassen wir dahingestellt. Die „Kreuzzeitung" meint, der Kaffee würde alsdann in hohem Grade Spekulationsartikel werden; wir unsererseits sind vielmehr der Ansicht, daß er dies bereits ist und gerade aus diesem Grunde den Anforderungen vielleicht nicht entspricht." Das von der „N. L. C." hervorgehobene Bedenken, gerade den Kaffee unter die beweglichen Zölle aufzunehmen, verdient jedenfalls Beachtung.

— Wie aus Saarbrücken vom 7. gemeldet wird, hat der Staats-Anwalt gegen das freisprechende Erkenntniß im Marpinger Prozeß die Berufung angezeigt. Das „Korrespondenz-Blatt des deutschen Vereins" faßt seine Anschauung über diesen kläglichen Schwindel folgendermaßen zusammen:

„Daß die Erscheinungen der reinen, hehren Himmelskönigin mit Geldsammlungen verbunden waren, bezeichnete der Oberprokurator Pattberg mit Recht als etwas „Haarsträubendes". Wir glauben zwar nicht, daß die beschuldigten Geistlichen aus eigennützigen Motiven die Bewegung unterstützten. Pastor Neureuter wurde von allen Zeugen übereinstimmend als eine selbstlose Persönlichkeit gerühmt, die eines wissentlichen Betruges nimmer fähig sei.

Gleichwohl sprechen mancherlei Umstände dafür, daß die Erscheinungen — wenn auch ohne Vorwissen der Geistlichkeit — aus rein materiellen Gründen in Scene gesetzt wurden. Bedeutsam schon ist, daß bereits am zweiten Tage die Muttergottes den Wunsch aussprach: es möchte eine Kapelle erbaut werden, und zwar nicht von Holz, sondern aus Steinen. Auch von Steuern, welche nicht gezahlt zu werden brauchten, soll die Muttergottes gesprochen haben. Es wurden von den Pilgern Opfer dargebracht, Körbe und Taschen voll Geld wurden gesammelt und weggetragen. Wohlgefällig zeigte die Margaretha Kunz ihren Freundinnen einen Thaler, welchen ein Pilger ihr geschenkt. Während die Gemeinde vorher die Mittel nicht aufbringen konnte, um ihre Kirche zu repariren, hatte man später Geld in Ueberfluß. Der Kirchenrechner konnte Tausende von Mark verausgaben. Die Wirthe, Bäcker und Metzger machten gute Geschäfte. Da die große Menge der Pilger in den Gasthäusern nicht unterkommen konnte, so beherbergten Privatleute die fremden Gäste und ließen sich theilweise recht gut bezahlen. Zimmer wurden vermiethet. Der Handel mit Blechgefäßen blühte. Das heimlicher Weise aus der Gnadenquelle — vielleicht auch anderwärts — geschöpfte Wasser war ein gesuchter Handelsartikel. Kurz, der Fremdenverkehr brachte viel Geld in das arme, abgelegene Dörflein.

Daß die Eltern der begnadeten Kinder, welche Jeder sehen, hören, sprechen wollte, sich nicht am schlechtesten dabei gestanden haben, ist leicht begreiflich. Ihnen sind ganz gewiß reiche Spenden zugeflossen, wenn solches auch schwer zu erweisen ist. Viele Marpinger sind gewiß erst an die Muttergotteserscheinungen gläubig geworden, als sie merkten, welchen Vortheil diese Flunkerei der Kinder der Gemeinde bringe und welch glänzende Zukunft in Aussicht stehe. Da die sog. „Konkurrenzkinder", welche nach Entfernung der ersten Marienkinder auftraten, von Seiten der Geistlichkeit nicht anerkannt wurden und darum der Schwindel nicht weiter blühen kann, so wird voraussichtlich Marpingen bald wieder in Vergessenheit gerathen. Wenn wir auf die für den Ultramontanismus so tief beschämenden Enthüllungen des Prozesses zurückblicken und uns des Triumphgeschreies erinnern, welches seiner Zeit die ultramontane Presse ob der Marpinger Wunder erhob, so können wir uns eines mitleidigen Lächelns nicht erwehren."

— Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: In unseren küstenländischen Kreisen ist neuerstens die für die Seestädte allerdings hochwichtige Frage der Zuschlagezölle für indirekte Importe das Thema eifriger und eingehender Erwägungen geworden. Uns geht, anknüpfend an unsere Berichtigung einer Notiz der „Vossischen Zeitung", die angeblich verweigerte Zustimmung der Staatsregierung zu ermäßigten Kohlentarifen von der Ruhr nach Amsterdam betreffend (vergl. Nr. 120 vom 4. April d. J.), zu dieser Frage das nachfolgende Schreiben zu:

Die nationale Handelspolitik, welche jetzt an der Tagesordnung ist, schwellt mit dem günstigsten Winde die Segel Derjenigen, welche der Ansicht sind, daß die Beziehungen Deutschlands nach und von überseeischen Ländern, daß der Export und Import von Waaren nach und aus denselben ebenso gut und billig und im nationalen Interesse besser ausschließlich über die Ems, Weser-, Elbe- und Eider-Häfen an der Nordsee, und über Stettin, Danzig und Königsberg an der Ostsee betrieben werden könnte; der indirekte Verkehr über Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen, Havre, über England und Kopenhagen aber hinfüro deutscherseits eher zu erschweren als zu begünstigen ist.

Wenn Stimmen von der Ostsee sich gegen die Einführung billiger Kohlentarife von Schlesien nach Danzig erhoben haben, so ist das nur eine durch die Seltenheit und Neuheit des nationalen Windes hervorgerufene Verirrung; die Nordseehäfen werden sich keineswegs gegen billige Kohlentarife sträuben, im Gegentheil den deutschen Kohlenzechen Thor und Thür öffnen, die Behandlung der Kohlen in ihren Häfen durch allerbeste Einrichtungen fördern und gern ihre Hand und ihre Mittel mit denen der binnenländischen Industrie vereinigen, um der deutschen Kohle die Konkurrenz auf den überseeischen Märkten zu erleichtern. Die Nordseehäfen lechzen nach Ausfuhrartikeln für ihre Schiffe, aber es würde außerordentlich hart für sie sein, wenn sie von der Ems, von Bremen und Hamburg in Ballast erst nach Holland segeln sollen, um da deutsche Kohlen zu laden! auch die „Voss. Ztg." wird das nicht wünschen können.

Nationale Handelspolitik heißt jetzt die Losung! In unbeirrter thatkräftiger Verfolgung dieses Zieles wollte der Reichskanzler, als er im März durch den Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts die Frage des Flaggenzolls zum Schutz der Rhederei im Reichstage anregen ließ, zugleich den Seestädten Balsam auf die tiefe Wunde legen, welche ihnen durch den Tabacks- und Getreide- und Holzzoll unzweifelhaft beigebracht wird. Die Abgeordneten für Jena-Blankenhain und Lippe-Schaumburg erklärten sich dagegen; unsere Schiffsbaukunst und Schiffsbemannung, der Unternehmungsgeist unserer Rheder und Rhedereien bedürfe solchen Schutzes nicht, sie fühlten sich ohne surtaxe Sieger in der Konkurrenz der Seefahrt treibenden Völker und hätten höchstens repressive Maßregeln anderer Staaten zu befürchten!

Die gleiche Ansicht hat ganz neuerlich in einer von dem Herrn Reichskanzler erbetenen Konferenz der Abgeordnete für Bremen vertreten, er wies aber trotz dieses kostbaren und höchst beneidenswerthen Selbstbewußtseins der deutschen Rhederei die wohlwollenden Absichten des Reichskanzlers keineswegs zurück, er erlaubte sich vielmehr darauf aufmerksam zu machen, daß der Schuh nur nicht an dieser Stelle, wohl aber recht empfindlich und gerade für Bremen und die Emshäfen am empfindlichsten an einer anderen Stelle drücke. Er lenkte des Kanzlers Auge auf diese drückende Stelle und führte aus, daß hier eine Abhülfe, wenn sie mit der, dem Herrn Reichskanzler eigenen Kraft und Ausdauer angewandt werde, eine heilende und wiederbelebende Wirkung gegen den geradezu tödtlichen Streich ausüben werde, welcher Bremen durch die Schutzzölle und besonders durch die Tabakszoll-Nachversteuerung drohe, um so mehr als das Tabaksmonopol ja unzweifelhaft ganz unbeirrt im nahen Hintergrunde eines Winkes gewärtig lauere und — auch ohne die Befürwortung des beredten Abgeordneten für Bingen — in einigen Jahren vielleicht hinreichend verbreitet sein werde, um geboren werden zu können.

Als solche drückende Stelle bezeichnete der Abgeordnete für Bremen die Schwierigkeit der Konkurrenz der deutschen Seestädte mit Holland, Belgien und Havre sowohl angesichts der günstigeren Lage derselben als angesichts des Umstandes, daß die deutschen Eisenbahnen, die Reichseisenbahnen nicht ausgeschlossen, durch ihre Frachttarife in manchen Fällen, sowohl im Verkehr mit Deutschland, als im Verkehr über Deutschland nach Oesterreich die ausländischen Häfen vor den inländischen Häfen begünstigen, und zwar nicht auf Grund der größeren Entfernung, sondern indem sie den Verkehr mit dem Auslande pro Centner und Meile günstiger behandeln, als den mit den deutschen Seestädten.

Er hob hervor, wie die Sorge für Kanäle deutscherseits sich mehr auf den Wasserweg nach Holland als auf den nach der Nordsee erstrecke; ferner, daß Bremen noch immer eine direkte Eisenbahn-Verbindung nach Frankfurt a. M. fehle, welche, von Bremen nach Marburg gelegt, die Nordsee um 17 Meilen näher an Süddeutschland bringen würde, als es jetzt bei dem Wege von Bremen über Hannover und Kassel der Fall sei; daß, nachdem diese Eisenbahn gebaut sein werde, Bremen 10 Meilen näher mit Frankfurt a. M. verbunden wäre, als Rotterdam, während es jetzt 7 Meilen weiter ist, da aber die neueste Eisenbahnkarte dies Projekt vollständig ignorirt habe.

Er wies darauf hin, wie nach vierjähriger Verhandlung das Projekt der Vertiefung der Unterweser, welches auf mehrere Millionen angeschlagen wäre und deren Verzinsung zum größten Theil durch Abgaben gedeckt werden könnten, endlich so weit sei, daß Oldenburg durch Bundesrathsbeschluß gezwungen werde, seinen Beitrag von 10 000 Mk. — Zehntausend Mark — zu den Vorarbeiten zu bezahlen, und in ähnlicher Weise der Ausdehnung des Seehandels in Bremen, also des Exports deutscher Industrieartikel und des Imports von Kolonialwaaren, überall Hindernisse in dem Weg lägen, welche denn schließlich dahin geführt hätten, daß z. B. von Baumwolle, Schafwolle und Kaffee in den Zollverein eingeführt seien in den beiden Jahren 1877 und 1878, also in einem 2jährigen Zeitraum:

über	Holland	Belgien	Havre
Baumwolle	Ctr.	Ctr.	Ctr.
	1,500,000	640,000	870,000
Wolle	460,000	900,000	120,000
Kaffee	1 550,000	180,000	30,000
indirekt 6,250,000			

über	Hamburg	Bremen
Baumwolle	Ctr.	Ctr.
	625,000	1,830,000
Wolle	450,000	215,000
Kaffee	1,400,000	180,000
direkt 4,700,000 Ctr.		

Bei ähnlichen Vorkommnissen in anderen Ländern habe der Staat seine schützende Hand ausgestreckt, Frankreich habe der drohenden Antwerpener Konkurrenz, welches seinem Norden gegenüber günstig gelegen ist und Englands Macht gegenüber die direkte Einfuhr aus den Produktionsländern gegen die indirekte geschützt durch eine surtaxe von 3 Fr. für 100 Kilo, welche alle indirekt zugeführten überseeischen Produkte zu zahlen hätten, auch wenn sie sonst zollfrei sind.

Holland, welches besorgt habe, daß deutscher Unternehmungsgeist sich nach seinen Kolonien begeben und von da die Produkte direkt nach Deutschland führen werde, habe sich dadurch geschützt, daß es von dem in Java bezahlten Ausfuhrzoll erst 5 pCt., dann 3 pCt. und 2 pCt. zurückgab, wenn die Waaren von seiner Kolonie direkt nach dem Mutterlande geführt wurden; es hat diesen Schutzzoll erst in neuerer Zeit aufgegeben, nachdem sein Handel so erstarkt war und sich so eingewöhnt hatte, daß nichts mehr für denselben zu befürchten war.

Der deutsche Michel habe von dergleichen wohl geträumt, niemals aber die Ausführung für möglich gehalten. Wenn aber der Herr Reichskanzler seine wohlwollende Absicht für die deutschen Seestädte bethätigen wolle, bitte er hier die fehlende Hand anzulegen.

Ein Zuschlagszoll von 3 M. für 100 Kilogramm für alle landeinwärts in Deutschland eingeführte Kolonialwaaren würde in den Seestädten sicherlich zur Ueberwindung der Folgen der Schutzzölle, mit welchen die deutsche Industrie bedacht werden soll, beitragen und wie in Frankreich keineswegs zur Vertheuerung der Kolonialprodukte im Hinterlande führen, vielmehr nur den Weg, den dieselben nehmen, im nationalen Interesse auf deutsche Bahnen lenken. Das Hinterland wird bei uns nicht weniger Patriotismus besitzen als in Frankreich und es zu tragen verstehen, wenn anfänglich in einzelnen Fällen ein solcher Zuschlagszoll, der vom Werthe in den meisten Fällen nur 1/2 bis 2 pCt. beträgt, dennoch bezahlt werden muß.

Bei der Enquete im französischen Conseil superieur de commerce etc. sagte ein großer französischer Industrieller:

„Ich kann zwar einzelne Nuancen von Baumwolle und Wolle, deren ich bedarf, nicht in Havre finden, ich bin gezwungen, dieselben von England zu beziehen, aber ich bezahle die 1 bis 2 pCt. der surtaxe gern, weil ich weiß, daß ich meiner vaterländischen Handelsmarine, unseren Häfen, Flüssen und Eisenbahnen, den Kaufleuten und Arbeitern in den Hafenstädten wesentlich nütze, wenn ich die surtaxe bestehen lasse."

Bei uns ist dieser Mangel an Auswahl nicht zu befürchten, die Seestädte werden schon für ausreichende Versorgung ihrer Märkte mit Baumwolle und Wolle das Nöthige thun, der hochfeine Javakaffee könnte allerdings um 1—1 1/2 pCt. vertheuert werden, wenn Holland für seine Kolonialprodukte Repressalien übt, andere Repressalien sind aber nicht zu befürchten.

Dagegen würden wahrscheinlich eine Reihe großer deutscher Handlungshäuser, welche jetzt in Holland und Belgien den Handel mit Deutschland

betreiben, mit ihren Kapitalien nach den deutschen Seestädten gehen und von da aus den Verkehr mit dem Inlande fördern helfen, sowohl den Vertrieb deutscher Industrieartikel nach überseeischen Ländern als die Einfuhr von Kolonialwaaren. Es würden neue Dampfschifflinien nach Ostindien, China und Australien entstehen und die alten nach Nordamerika, Brasilien und der Westküste Amerika's erstarken und Alles neues Leben athmen.

Die Emshäfen im bisher von allen Landesherren vernachlässigten Ostfriesland würden wie Pilze aus der Erde wachsen, denn die Ems liegt für einen großen Theil Deutschlands sehr günstig und der den Ostfriesen ungerecht gemachte Vorwurf des Mangels an Unternehmungsgeist würde sehr bald verstummen! Kein Theil Deutschlands leidet mehr von Hollands erdrückender Konkurrenz, als gerade die Emshäfen und die braven Ostfriesen.

Der Abgeordnete für Bremen ist mit der Ueberzeugung von dem Reichskanzler geschieden, daß die Interessen des Seehandels und der Seestädte überhaupt auf eben so warme Theilnahme und Rücksicht rechnen dürfen, wie Industrie und Landwirthschaft.

Ausland.

Paris, 6. April. Der „Francais", dessen Informationen über die Vorgänge im hiesigen auswärtigen Amte erst vor einigen Tagen den Zorn der „Rep. Franc." erregt haben, veröffentlicht die folgende Notiz:

„Trotz der offiziösen Dementis der „Agentur Havas" müssen wir sagen, daß die Gerüchte betreffs Ersetzung des Herrn Waddington fortwährend verbreitet werden. Man versichert, daß das Ministerium des Aeußern Herrn von St. Vallier angeboten worden sei, der es ausgeschlagen und dazu erklärt hätte, daß er Berlin zu gleicher Zeit wie Herr Waddington das Ministerium verlassen würde. Man habe sich darauf an Herrn Fournier gewendet, der sich ebenfalls bitten lasse. Man behauptet, daß die Unterhandlungen fortdauern."

Diese Information des klerikalen Blattes ist sicherlich nicht durchaus genau und es ist wohl nur richtig, daß die Gerüchte über die beabsichtigte Ersetzung des Herrn Waddington durch den Grafen von St Vallier in den parlamentarischen Kreisen verbreitet werden. Was Herrn Fournier anbetrifft, der am Mittwoch hier erwartet wird, so ist es sehr unwahrscheinlich, daß demselben das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten bereits angeboten ist und es klingt noch unwahrscheinlicher, daß dieser Botschafter „sich bitten lasse", der Nachfolger des Herrn Waddington zu werden Es ist dagegen richtig, daß Herr Fournier mehr als jemals der Kandidat gewisser einflußreicher Persönlichkeiten der republikanischen Partei ist, die Herrn Waddington beseitigen möchten, weil derselbe sich nicht hinreichend willfährig zeigt, den Republikanern die Gesandtschaftsposten und die Konsulate zur Verfügung zu stellen, während sie sicher zu sein glauben, in Herrn Fournier einen „bequemeren" Minister zu finden. Der gegenwärtige Botschafter Frankreichs in Konstantinopel genießt unter den Mitgliedern des französischen diplomatischen Korps einer so geringen Beliebtheit, daß aller Wahrscheinlichkeit nach seine Ernennung zum Minister hinreichen würde, um eine Anzahl von freiwilligen Entlassungsgesuchen hervorzurufen. Damit wäre aber den Republikanern sehr gedient; die Aussicht auf eine solche Konsequenz der Ernennung des Herrn Fournier wird demnach diese Politiker gewiß nicht abhalten, die Kandidatur des Botschafters zu betreiben.

Paris, 6. April. Das allgemeine Comité zur Organisation der Petitionen für die Freiheit des Unterrichts besteht aus ehemaligen Ministern von der moralischen Ordnung, aus Deputirten und Senatoren von der Rechten und einem Mitgliede der französischen Akademie. Es wird ohne Zweifel dahin gelangen, ziemlich große Geldsummen zusammenzubringen, um damit eine imposante Agitation gegen die Gesetzentwürfe des Herrn Ferry zu unterhalten. Senatoren und Deputirte haben bereits Petitionen von einer Anzahl von Bischöfen eingereicht und Herr Labat, Deputirter für die Nieder-Pyrenäen, hat eine Petition der Katholiken von Toulouse übergeben. Die Mitglieder der Rechten werden die Osterferien benutzen, um in allen Departements Untercomités zu bilden, welche mit dem Centralcomité in Paris, in welchem Herr Chesnelong den Vorsitz führt, in Verbindung zu treten haben. Die Deputirten von der Union Republicaine haben gesucht, die Ausbreitung dieses ultramontanen Petitionssturmes in der Provinz zu hindern. In der letzten Versammlung dieser Gruppe hat man berathen, ob nicht eine Interpellation an das Ministerium gestellt werden solle, um zu fragen, welche Maßregeln dasselbe zu nehmen gedächte, um die klerikale Agitation in den gesetzlichen Grenzen zu halten. Schließlich hat man beschlossen, daß das Bureau der Union Republicaine dem Ministerium die Meinung dieser Gruppe über die Gefährlichkeit dieser Agitation mittheilen solle. Einige radikale Deputirte bestanden Anfangs auf der Nothwendigkeit einer Interpellation, aber sie gaben nach auf Ersuchen des Unterrichtsministers. Die Interpellation ist aber nur verschoben und wird beim Wiederbeginn der Session durch die Ausschreitungen der klerikalen Partei nöthig werden. Die Predigten des Paters Olivier zu Orleans, die lärmenden Scenen in der Kathedrale von Tulle in Folge einer Predigt eines Mönches vom Orden der Oblaten sind Anzeichen, daß der Kreuzzug der Klerikalen gegen die Regierung begonnen hat. Der Prokurator der Republik zu Tulle hat den Pater aufgefordert, seine Predigten über den Laienunterricht einzustellen, aber er wird Nachahmer genug an anderen Orten finden. Der Kampf hat begonnen und die klerikale Partei ist sehr erfreut, daß Herr Ferry ihr eine Gelegenheit gegeben hat, um den Kampf über eine Frage zu beginnen, in welcher der Klerus die energische Unterstützung einer großen Mehrheit der französischen Frauen haben wird, namentlich in den kleineren Orten.

Paris, 6. April. Daß der Senat die Wiederaufnahme seiner Arbeiten auf acht Tage früher festsetzte als die Deputirtenkammer, beruht keineswegs auf einer Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Kammern, sondern auf einem Mißverständniß. Beide Kammern stimmten fast zur nämlichen Zeit über die Frage ab, und Präsident Gambetta empfahl das Datum vom 15. Mai nur deshalb, weil man ihm fälschlicher Weise mitgetheilt, der Senat habe dasselbe ebenfalls angenommen. Die republikanischen Deputirten und Senatoren haben mit Ausnahme derer, welche zum Budget- und Zollausschuß gehören, Paris bereits verlassen und sich in ihre Departements begeben. Ihre Hauptaufgabe während ihrer Mußezeit wird die sein, der klerikalen Bewegung gegen die Ferry'schen Gesetze entgegenzuarbeiten. Wie gewöhnlich bei solchen Gelegenheiten, nehmen die Agenten der Jesuiten zu den kühnsten Hülfsmitteln ihre Zuflucht, um die öffentliche Meinung zu erregen und Unterschriften für ihre Petitionen zu erlangen. Den Bauern, die von diesen Dingen natürlich blutwenig verstehen, machen sie weiß, daß es sich um die Herstellung des „unentgeltlichen und freien Unterrichts" handle, den Weibern, namentlich denen, welche nicht lesen und schreiben können und die sie von ihren weiblichen Agenten bearbeiten lassen, schwindeln sie vor daß man die Geistlichen fortjagen wolle und man in Zukunft nicht mehr beichten und zum Abendmahl gehen könne, und die kleinen Kaufleute bedrohen sie mit der Entziehung ihrer Kundschaft und der ihrer Freunde, falls sie nicht die Bittschriften unterzeichnen. Von neuen bischöflichen Protesten gegen die Ferry'schen Gesetze sind die der Erzbischöfe von Besançon und Bourges hier eingetroffen.

Paris, 7. April. Wie vorauszusehen war, ist das Resultat der gestrigen Ersatzwahlen mit zwei Ausnahmen den Republikanern günstig. Der größte Theil der Gewählten gehört der gemäßigten Fraktion an. In Bordeaux erhielt der gemäßigte Kandidat Lavertujon zwar die meisten Stimmen (4665), während Blanqui 3667 und zwei andere Radikale 1708, beziehentlich 1564 Stimmen auf sich vereinigten; bei der Stichwahl könnte aber der Sieg Blanqui zufallen.

Konstantinopel, 31. März. Der Schwerpunkt der orientalischen Verwickelung ist zur Zeit in die wachsende Schwierigkeiten mit sich bringende und zugleich aus mehr als einem Anlaß auf eine rasche Erledigung hindrängende ostrumelische Frage verlegt worden Man würde sich einer gründlichen Täuschung hingeben, wollte man voraussetzen, England sei bereit, auf dem Terrain dieser Angelegenheit bedeutende Konzessionen an Rußland zu machen. Ueber das Gegentheil kann heute kein Zweifel mehr bestehen, wie denn es auch viel Wahrscheinlichkeit hat, daß die Pforte durch englischen Zuspruch zu der unnachgiebigen Haltung bestimmt worden ist, die sie Oesterreich-Ungarn gegenüber in der Frage wegen der Besetzung des Sandschaks Novibazar bewahrt. Ueber den momentanen Stand dieser letzteren Unterhandlung gehen die Nachrichten weit auseinander. Neben der Behauptung, daß nur eine zeitweilige Unterbrechung der Unterhandlungen bestehe, tritt im „Stambul" die Ansicht auf, es hätten beide Theile die Hoffnung auf eine endliche Verständigung bereits aufgegeben.

Nur weil es zur Signatur des Zeitmomentes gehört, thue ich eines neulich hier im Umlauf gewesenen Gerüchts Erwähnung, wonach der Großvezir Khereddin Pascha geschwankt hätte und seine Stellung auf's Neue ernstlich bedroht gewesen sei. Ich muß es einstweilen dahin gestellt sein lassen, ob die Khereddin Pascha angeblich umgebenden Gefahren mit dem bevorstehenden Abgang auf Urlaub des französischen Botschafters sich steigern werden. Ob Herr Fournier auf seinen hiesigen Posten zurückkehren werde und wann, darüber sind hier verschiedene Meinungen laut geworden. Der in Rede stehende Diplomat hat hier mit unverkennbarem Geschick zu agiren verstanden und den Einfluß seines Landes auf einen Höhepunkt erhoben, der ihn momentan zum dominirenden macht. Aus diesen Erfolgen will man den Schluß ziehen, daß ihm eine höhere Bestimmung vorbehalten sein dürfte. Andererseits würde seine definitive Abberufung von hier eine Lücke lassen, die schwer auszufüllen wäre. Man hat von dem französischen Gesandten in Athen, Marquis de Gabriac, als dem muthmaßlichen Nachfolger Fournier's geredet, indeß ist dieser Voraussetzung bereits von Paris aus widersprochen worden.

Unter den türkischen inneren Fragen behauptet sich die über die endliche Regelung der Finanzlage an der Spitze des Tagesinteresses. In dieser mannigfach verzweigten Angelegenheit muß die Frage der Einziehung der Kaime als der augenblicklich die meisten Sorgen und Bedenken erweckende Punkt angesehen werden. Für das türkische Papiergeld war der 25. März ein verhängnißvoller Tag. Zum Course von 700 Piastern gegen Kaime am Morgen einsetzend, stieg die zu 100 Goldpiastern ausgeprägte türkische Lire um Mittag auf 1000 Papierpiaster und soll gegen Abend selbst den Cours von 1100 erreicht haben. Als Umlaufsmittel haben die Kaime damit aufgehört zu existiren oder irgend eine Geltung zu behaupten. Allein, obgleich sie selbst im Kleinhandel nicht mehr angenommen werden, sind sie dennoch damit noch nicht aus der Welt geschafft und die Frage, wie man sich ihrer entledigen könne, macht das große Problem des Augenblickes aus Der Entschluß der Regierung, sich dieses fiduciaren Werthes zu entledigen, kann im Allgemeinen nur gebilligt werden. Daß man diese allein richtige Entscheidung getroffen hat, ist um so höher anzuschlagen, weil sehr mächtige Einflüsse sich für ein anderes Verfahren geltend machen. Die hiesige haute finance rieth zum Beibehalten der Kaime und erörterte bereits vor Jahresfrist diese Frage in einem umfassenden Memoire, das indeß die hier allein entscheidend in Betracht kommende Thatsache umging, wonach die Türkei an und für sich nicht mit ausreichendem Kredit (das Wort in seiner allgemeinsten Bedeutung genommen) ausgestattet ist, um ein von ihr emittirtes Papiergeld auf einem festeren Coursstandpunkte zu erhalten. Zu den Verdiensten Khereddin Paschas gehört es augenscheinlich, daß er in der Kaimefrage ein entschiedenes Wollen zur Geltung gebracht hat.

Provinzielles.

Stettin, 9. April. Die Prüfung der Lehrer an Taubstummen-Anstalten, welche gemäß der Prüfungsordnung vom 27. Juni 1878 während des Jahres 1879 stattfinden wird, findet für die Provinz Pommern am 17. Oktober zu Stettin statt.

— Der Justizminister hat, unter Aufhebung der entgegenstehenden Anordnung, bis auf Weiteres gestattet, daß die Gerichtsvorstände denjenigen Subaltern- und Unterbeamten, welche mit Rücksicht auf die bei der Justiz-Reorganisation eintretenden Veränderungen ein anderweites Unterkommen zu erlangen suchen, auf ihr Verlangen Führungs- und Qualifikations-Atteste ausstellen und ihnen zu entsprechender Benutzung aushändigen.

— Für den Berliner Wollhandel finden fortan folgende Usancen Anwendung, soweit nicht zwischen den Kontrahenten besondere Vereinbarungen getroffen sind: 1) Bei Geschäftsabschlüssen in Wolle versteht sich der bedungene Preis netto Tara. Bei Berechnung des Tara-Gewichts sind die Wollschnüre nicht zu berücksichtigen. Das Tara-Gewicht wird vorläufig nach der einseitigen Angabe des Verkäufers berechnet Stellen sich später Differenzen bezüglich des Tara-Gewichts heraus, so ist der Käufer verpflichtet, binnen 6 Monaten nach dem Tage der Uebergabe die Säcke dem Verkäufer in trockenem Zustande franco zurückzusenden und zwar bei Verlust des Anspruchs auf Vergütung der Gewichtsdifferenz. Falls die Säcke zurückgegeben werden, gehen sie in das Eigenthum des Verkäufers zurück.

2) Der Verkäufer hat dem Käufer die Wolle zuzuwiegen und trägt die Kosten des Wägens.

3) Die Zahlung des Kaufpreises, welcher sich netto Casse und ohne Abzug versteht, ist sofort nach Verwiegung der Wolle, und falls Verkäufer es verlangt, vor Herausgabe derselben zu leisten. Verkäufer ist aber verpflichtet, die Assekuranz für die nächsten acht Tage auf alleinige Rechnung zu übernehmen, so lange in dieser Zeit die Wolle auf seinem Lager sich befindet.

4) Ist das Geschäft über Rückenwäschen geschlossen, so darf die Waare weder Lammwollen, noch ungewaschene Wollen, noch Waschlocken, noch auch Sterblingswollen, noch endlich solche Wollen enthalten, welche erst nach dem Scheeren gewaschen sind.

5) Erfolgt der Abschluß des Geschäfts „mit Lockenbedingung", so werden fünf Prozent vom Preise in Abzug gebracht.

— Die Beförderung der ordentlichen Lehrer an dem Gymnasium und der Realschule in Prenzlau, Hörich und Bölcker, zu Oberlehrern an derselben Anstalt ist genehmigt worden.

Greifswald, 7. April. Bekanntlich wird sich nächstens der neuvorpommersche Aerzteverein mit der neuesten Medizinaltaxe für Aerzte beschäftigen. Es dürfte deshalb folgendes Urtheil der englischen medizinischen Fachzeitschrift für unsere Leser nicht uninteressant sein. Die „medical Times and Gazette", welche durch die Times von der neuen preußischen Medizinaltaxe hört, veröffentlicht dieselbe mit den Worten: Niemand würde zwar einen Augenblick glauben, daß ein so ernstes Blatt wie die „Times" dazu herabsteigen wird, Scherze zu veröffentlichen, aber die im Folgenden aufgeführte Taxe sei entweder ein Possenscherz oder der ärztliche Stand in Preußen lege einen nur armseligen Werth auf seine Dienste.

Greifswald, 7. April. Dem Vernehmen nach wird in der nächsten Zeit die Herstellung einer Telegraphenlinie zwischen den Poststationen Hanshagen und Kemnitz stattfinden. Damit würden dann sämmtliche Poststationen des Kreises, mit Ausnahme von Quilow, mit Telegraphen-Verbindung versehen sein.

Demmin, 5. April. In der am 30. März d. Js. stattgefundenen General-Versammlung des Demminer Gartenbauvereins sprach Dickelmann-Siebenreichen über den Brand oder Krebs der Obstbäume. Der Redner machte zunächst darauf aufmerksam, auf welche Weise sich der Krebs bei den Obstbäumen zeige und stellte ihn als eine sehr gefährliche Krankheit dar. Nach des Redners Ansicht entsteht der Krebs von strenger Winterkälte, von Nachtfrösten, auch von großer Hitze, von Mangel an Nahrungsstoffen, sowie überhaupt von einem dürftigen und mangelhaften Wachsthum. Als das beste Schutzmittel gegen Krebs wurde empfohlen, den Baum stets in reger Lebensthätigkeit zu erhalten; wenn aber der Baum von dieser Krankheit befallen ist, so müssen die kranken Zweige und Aeste bis auf die gesunden Theile scharf weggeschnitten werden; auch die brandigen Stellen am Stamme sind bis auf die gesunde Rinde und Holz auszuschneiden. Die Wunden müssen sogleich, ehe sie austrocknen, mit einem Gemenge von Lehm und Kuhdung gut verstrichen werden, damit die Luft keinen Einfluß darauf ausüben kann; auch soll man den Boden zu verbessern suchen. Hierauf erwähnte Dickelmann noch die verschiedenen Arten des Veredelns, und stellte als die gewöhnlichen folgende hin: 1) Das Pfropfen oder Bolzen in den Spalt; 2) das Pfropfen in die Rinde; 3) das Kopuliren mit dem Klodreise; 4) das Okuliren; 5) das Einzweigen oder Pfropfen in die Seite und 6) das Ablaktiren (Absäugen). Mit gespannter Aufmerksamkeit vernahmen die Anwesenden die Erklärungen dieser Arten des Veredelns und sprachen schließlich dem Redner ihren Dank für diese lehrreichen Vorträge aus. Von Seiten mehrerer Gärtner waren verschiedene Sämereien als Blumen und Gemüse-Samen ausgelegt. Kunstgärtner Staffeldt hatte wiederum in uneigennütziger Weise die Tische mit herrlichen Blumen geschmückt.

Colberg, 7. April. Heute wurde hier ein Gauturntag abgehalten; es hatten die Turnvereine Stolp, Cöslin, Schlawe, Schivelbein, Treptow und Belgard Delegirte gesandt. Zweck der Zusammenkunft war die Berathung über das im Sommer zu veranstaltende Gauturnfest. Zunächst wurde Vormittags im Turnlokale ein Riegenturnen des Colberger Vereins abgehalten, an das sich ein Probeturnen sämmtlicher Vorturner des Gaues anschloß. Hierauf traten die Delegirten des Gaues zur Berathung zusammen; es wurde beschlossen, das Gauturnfest in Colberg am 29. Juni cr. stattfinden zu lassen; ein Festprogramm wurde noch nicht festgesetzt. Ein Festessen im Schützenhause beschloß den Gauturntag.

Vermischtes.

— Ueber Nachbildungen alter Bücher wird aus London berichtet: Bis jetzt nahm man an, daß Büchersammlungen unter anderen Vorzügen auch den der unbestreitbaren Echtheit besäßen. Das scheint anders werden zu sollen. Der „Spektator" spricht die Vermuthung aus, es müsse in London eine Druckerei existiren, welche nicht nur den Nachdruck, sondern die sorgfältigste Nachbildung alter Bücher mit einem seltenen Talente ausübt. Man ist dem Betruge folgendermaßen auf die Spur gekommen. Einem schottischen Baronet wurde kürzlich auf einer Reise von einem „verarmten Gelehrten" ein Buch zum Kauf angeboten, das angeblich ein Erbstück seiner Familie bildete und dessen er sich nur aus dem Grunde entäußern wolle, weil seine Noth sehr hoch gestiegen war. Der Baronet, ein tüchtiger Bücherkenner, sah zu seinem Erstaunen einen der seltensten Wiegendrucke vor sich, die Venetianer Ausgabe von Boccacio's Decameron aus dem Jahre 1471. Ohne Zaudern zahlte er sofort die dafür geforderte Summe von 90 Pfd. Sterl. (1800 M.) und lud, zu Hause angekommen, seine bücherliebenden Freunde zu sich, seinen kostbaren Schatz zu bewundern. Da ergab sich denn, daß einer der Geladenen vor Kurzem unter ähnlichen Umständen denselben Druck erworben hatte, und daß auch noch ein drittes Exemplar in der Nachbarschaft zum Vorschein kam. Der darauf angestellte Vergleich dieser drei Exemplare mit dem echten, in einer größeren englischen Bibliothek befindlichen Exemplare, welches bis dahin als das allein existirende dieser Ausgabe bekannt war, ergab nun, daß die drei neuerdings aufgetauchten Exemplare sehr geschickte Nachbildungen des Originals waren.

Telegraphische Depeschen

Wien, 8. April. Das Herrenhaus hat den Gesetzentwurf betreffend die Einverleibung Spizza's angenommen.

Der Kaiser hat den Großfürsten Sergius Alexandrowitsch von Rußland zum Oberst des Infanterie-Regiments „Alexander I., Kaiser von Rußland" Nr. 2 ernannt.

Wien, 8. April. Die „Politische Korresp." meldet:

Aus Tirnowa vom 7. d.: Die Notabelnversammlung hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Wahl des Fürsten durch eine neue Volksvertretung vorgenommen werde.

Aus Rom: Der Vatikan beabsichtigt, die neuen katholischen Staatsangehörigen Montenegro's unter das Vikariat Antivari zu stellen.

Rom, 8. April. Der Papst hat mit Bezug auf sein bereits mitgetheiltes Schreiben an den Kardinal Vikar behufs Entwickelung der katholischen Schulen in Rom für das Jahr 1879 100,000 Lire aus seinem Privateinkommen gespendet.

Der Bormidafluß ist ausgetreten, das Wasser bestreicht die Festungswerke von Alessandria.

Madrid, 8. April. Wie verschiedenen Zeitungen aus Gibraltar gemeldet wird, ist in Casablanca (Marokko) ein heftiges Fieber ausgebrochen, welches indessen nur sporadisch auftritt.

Bukarest, 8. April. Die Wahlen für die neuen Kammern, welche sich mit der Revision der Verfassung zu beschäftigen haben werden, sind nunmehr ausgeschrieben. Die Wahlen zur Deputirtenkammer finden am 15, 17, 19. und 21. Mai statt, diejenigen zum Senate am 23. und 25. Mai. Am 27. Mai wählen die Universitäten Bukarest und Jassy.

Kairo, 8. April. Der bisherige Finanzminister Rivers Wilson und der bisherige Arbeits-Minister Blignieres weigern sich, ohne ausdrückliche Ermächtigung der englischen resp französischen Regierung von ihren Posten zurückzutreten. Das neu eingesetzte Ministerium hat heute eine amtliche Erklärung veröffentlicht, worin dasselbe anzeigt, daß es sich dem Delegirtenrathe gegenüber als verantwortlich betrachte, der mit Machtbefugnissen nach dem Muster europäischer Kammern ausgerüstet sei.

Kairo, 8. April Dem Vernehmen nach würde das neue Ministerium wie folgt gebildet werden: Cherif Pascha Ministerpräsident und Minister der inneren und auswärtigen Angelegenheiten, Zulficar Pascha Justizminister, Ragheb Pascha Finanzminister, Sabet Pascha Unterrichtsminister, Zechi Pascha Minister der öffentlichen Arbeiten, Chahin Pascha Kriegsminister.